

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Das Schlußwort erhält

Webel: Nur wenige Worte. Die Frage, die Dömelburg angeregt hat, wird den nächsten internationalen Kongreß beschäftigen. Hoffentlich werden wir dann gründlich mit denen abrechnen, die das internationale Solidaritätsgefühl so wenig betätigen. (Bravo!) Ein Wort gegen Vader. Welche Wirkung es auf die französischen Genossen gehabt hätte, wenn anstatt der Dresdener Resolution das Amendement Adler-Wanderbelde angenommen wäre, lasse ich dahingestellt, um ungelegt gebliebene Eier brauchen wir uns nicht zu kümmern. Ich kann nur konstatieren, daß ich mit dem Resultat des Kongresses sehr zufrieden bin. Ich habe erklärt, daß sachlich die Resolution Adler-Wanderbelde nichts anderes als die Dresdener Resolution bedeute, aber ich habe hinzugefügt, daß durch die Art und Weise, wie sie hinter unsrem Rücken eingebracht und wie sie verteidigt wurde, die Sache unwillkürlich das Ansehen einer Niederlage für uns bekommen haben würde, wenn wir von unsrer Resolution Abstand genommen hätten. Wenn dies Gefühl bei Vader nicht vorhanden war, so ist das seine Sache, ich habe dieses Gefühl gehabt und habe das auch Adler mitgeteilt. Wie sehr Adler sich selbst dagegen wehrt, daß man seinem Amendement einen falschen Sinn gab, geht daraus hervor, daß er im Plenum nachdrücklich Jaurès angriff, der dadurch, daß er für das Amendement Adler-Wanderbelde stimmte, dieses Amendement sozusagen diskreditierte. Weil ich nicht wünsche, daß ich gegen meinen Freund Adler ausgespielt werden könnte, füge ich hinzu, daß gerade Adler es war, der schon in der Kommission erklärte: „Ich betrachte die Taktik, die Jaurès befolgt, mit großem Unbehagen und großer Neugierigkeit.“ „Ja,“ fügte er hinzu, „ich kann erklären, daß die anonyme Teilnahme an der Regierung mir noch weit gefährlicher dünkt, als die offizielle Teilnahme unter der Regierung Millerands.“ Er hatte sich so scharf gegen die Taktik von Jaurès erklärt, daß ich ihm Wort für Wort beipflichten konnte. Und wie richtig mein Gefühl war, daß, wenn wir das Amendement Adler-Wanderbelde annahmen, die anderen Nationen, die für die Dresdener Resolution stimmten, in unsrem Verhalten eine Felonie sahen, das will ich Ihnen beweisen. Kaum hatten wir den Saal betreten, so hat schon einer unsrer Delegierten aus der Delegation pleine carrières Geschichten erzählt, die sehr tendenziös dargestellt waren. Darauf kamen in kurzer Zeit die Vertreter von fünf, sechs Nationen, die für die Dresdener Resolution eingetreten waren, in der höchsten Aufregung und fragten: Ja, ist es denn wahr, daß Ihr Deutsche jetzt für Wanderbelde stimmen wollt? (Hört! Hört!) Ich betone, daß es etwas anderes ist, ob man auf einem Kongreß, wo alle dieselbe Sprache sprechen, verhandelt oder auf einem internationalen Kongreß. Wenn man hier nicht viel Zeit hat, um die Leute zu überzeugen, ist es unmöglich, eine Verständigung zu erzielen. Deshalb habe ich mir schon manchmal gesagt: Laß die Dinge laufen. Nun sagt Vader: Sie erklären, Sie wollen Genosse sein wie jeder andre, und doch haben Sie sich geweigert, das Mundstück der Delegation zu sein? Ja, da mache ich doch einen Unterschied. Wenn mir ein Auftrag gegeben wird, dann steht seine Annahme in meinem Willen, auch als einfacher Genosse. Hätte die Delegation anders entschieden, als ich es wünschte, dann hätte ich mich selbstverständlich gefügt, aber noch weiter zu gehen und eine Erklärung abzugeben, die im Gegensatz stand zu allem, was ich gesagt und getan hatte, das konnte man mir doch nicht zumuten. (Sehr richtig!) Wenn Vader sich in diese Situation hineinbenkt, dann wird er vielleicht die Dinge etwas anders beurteilen. Es ist auf Ansehe hingewiesen. Ansehe war der einzige auf dem Kongreß, der nicht nur die Taktik von Jaurès verteidigte, sondern noch über ihr hinaus ging. Ich laße bei der raschen Art,

wie er spricht, ihn anfangs nicht genau verstanden, aber als ich nachher seine Rede las, fand ich, daß er eine ganze Reihe von Einwänden gegen die Dresdener Resolution machte, die gar nicht zutreffen; er stellte Dinge nach Annahme der Resolution nicht mehr als zulässig hin, über deren Zulässigkeit gar kein Zweifel herrschen kann, weil wir sie Tag für Tag üben. Es wurden endlich von zwei Frankfurter Delegierten über das Referat von Quard Mitteilungen gemacht; es war interessant, daß sich beide schnurrtraas gegenüberstanden. (Sehr richtig!) Weiter hat ausdrücklich erklärt, der Bericht über den Vortrag sei ein Konstruktum gewesen. Ja, hatte denn Quard als Redakteur keinen Einfluß, die Aufnahme eines solchen Konstruktums in sein Blatt zu verhindern? Dem „Vorwärts“ einen Vorwurf machen zu wollen, wäre das größte Unrecht. Ich habe durch die Freundlichkeit von Bollmar den Originalartikel von Quard bekommen und damit den Auszug aus dem „Vorwärts“ verglichen, und dieser Auszug deckt sich an den betreffenden Stellen Wort für Wort mit dem Artikel der „Frankfurter Volksstimme“. Ich habe mich an diesen Bericht gehalten, ich weiß, Quard ist ein sehr fleißiger Redakteur — das sei zu seinem Lobe gesagt —, von dem ich bisher annahm, daß kaum etwas in sein Blatt hineinkommt, was er vorher nicht kontrolliert hat. Und daß nun gar der Bericht über seine eigne Rede von ihm nicht gelesen sein sollte, das glaube ich, offen gestanden, nicht. Der andre Redner aus Frankfurt hat auch gesagt, das Referat sei noch viel schlimmer gewesen, als aus dem Bericht hervorging. Nur, da sei man zufrieden, daß nicht mehr gesagt worden ist. (Geiterkeit.)

Für das Internationale Bureau werden als Vertreter Auer, Webel und Singer vorgeschlagen. Gewählt werden Webel und Singer, nachdem Webel erklärt hat, daß Auer auf seine Wiederwahl kein Gewicht legte.

Es folgt Punkt 8 der Tagesordnung:

Sonstige Anträge.

Die Anträge zerfallen in verschiedene Gruppen.

Die Anträge 16, 17, 18 und 19, die sich auf die Stichwahl-Taktik beziehen, finden die genügende Unterstützung, die auf Jugendvereine bezüglichen Anträge 27, 120 und 121 werden nicht unterstützt, ebenso wenig die verschiedenen Materialien behandelnden Anträge 91, 92, 93, 94, 98 und 100.

Dies: Die Anträge 95, 96 und 97 sind eigentlich keine Anträge, sondern nur Beruhigungsresolutionen. (Geiterkeit.) Wir brauchen darüber nicht abzustimmen, ich werde aber die Unterstützungsfrage stellen. Auch die Resolution gegen die „Leipziger Volkszeitung“ gehört hierher.

Die Anträge 98 und 97 werden nicht unterstützt, Antrag 95 und die Resolutionen 140 und 141 gegen die „Leipziger Volkszeitung“ finden die ausreichende Unterstützung.

Weiter wurden unterstützt der Antrag Kapenstein betreffend die Soldatenmischlungen (Nr. 142) nebst der Resolution, die dazu gestellt ist (Nr. 143), die Resolution Petim-Schulz betreffend die Schulfrage (Nr. 144), die Resolution Michels-Kautsky betreffend den Kampf der italienischen Genossen (Nr. 145), die Anträge 106, 107 nebst der Resolution Webel-Bernstein betreffend das Fremdenrecht. (Nr. 138.)

Es wird die gemeinschaftliche Debatte über die Anträge 16, 17, 18 und 19 eröffnet.

Dr. Arons-Berlin beantragt Uebergang zur Tagesordnung. Ueber solche Anträge verhandle man am besten, wenn die Wahlen vor der Tür stehen und man die Situation überschauen könne. Leute schon Beschlüsse zu fassen, die erst in 4 Jahren aktuell sind, sei nicht erwünscht. (Webel: Neunliche Beschlüsse sind auch früher gefaßt, aber nicht gehalten worden.)

Diez: Es ist noch ein Amendement vaber eingegangen, in Antrag 16 die Worte „in der Regel“ einzufügen. (Lachen.)

Entsprechend dem Antrag Kronas geht der Parteitag über die Anträge 16, 17, 18 und 19 zur Tagesordnung über.

Antrag 95 wird ohne Debatte abgelehnt.

Es folgt die Angelegenheit der „Leipziger Volkszeitung“.

Bienau zieht seinen Antrag (Nr. 140) zugunsten des Antrages Gruenwaldt (Nr. 141) zurück.

Vorsitzender Diez: Der Antrag Gruenwaldt ist in etwas veränderter Form dem Bureau zugegangen, unterschrieben von 116 Delegierten. Es heißt nicht mehr, daß die Notiz „voll tiefster Entrüstung“, sondern „mit Entrüstung“ zurückgewiesen wird. (Große Heiterkeit.) Nun ist uns von der Redaktion der „Leipziger Volkszeitung“ folgendes Telegramm zugegangen:

„Die Notiz über Südekum ist von einem einzelnen Redakteur in Druck gegeben worden, der eine unnothige und verdeckte Anspielung Südekums auf die Dresdener Vorgänge im Interesse der Zeitung zurückweisen zu sollen glaubte, aber dabei, wie er nach reiflicher Ueberlegung anerkennt, zu weit gegangen ist und die Notiz unter dem Ausdruck seines Bedauerns nach Form und Inhalt zurücknimmt. (Beifall.) Die Gesamtedaktion, die den Druck verhindert haben würde, wenn ihr das Manuskript vorgelegen hätte, schließt sich, insofern sie der Partei für den Gesamthalt der Zeitung verantwortlich ist, dem Bedauern ihres Kollegen an.“ (Beifall.)

Da der Antrag Gruenwaldt sich überhaupt zur Abstimmung wenig eignet, sondern den Zweck hat, die Anschauung der 116 Delegierten auszudrücken, so glaube ich, daß es genügt, wenn wir die Anschauung der Antragsteller und das Telegramm zur Kenntnis nehmen und damit die Angelegenheit für erledigt erklären. (Beifall und Zustimmung.)

Auf Wunsch der Redaktion der „Leipziger Volkszeitung“ bringe ich noch folgende Erklärung der Zeitung zur Kenntnis des Parteitages:

„Nach dem Berichte der Parteipresse hat Genosse Schippel in der Mittwoch-Sitzung des Parteitages sich mehrfach in unrichtiger Weise auf die „Leipziger Volkszeitung“ oder ihre Angehörigen bezogen. Wir erlauben uns, die folgende Berichtigung zur Kenntnis des Parteitages zu bringen:

1. Die Rechtfertigungsbroschüre des Genossen Mehring hat nicht 3 bis 4 Monate zu ihrer Fertigstellung bedurft. Sie ist bereits in der fünften Woche nach Schluß des Dresdener Parteitages von dem unterzeichneten Verlage im Druck veröffentlicht worden.

2. Ein mit dt. gezeichnetem Artikel, der in der Kritik der Parteischiedsgerichte von „Banzenaktif und dergleichen“ gesprochen und die Partei verhöhnt haben soll, ist niemals in unserm Blatte erschienen.“

Wir kommen nunmehr zu der Resolution Ragenstein-Vollmar-Webel I und zu der Resolution Ragenstein (beide Militärmißhandlungen).

Zu der Resolution Ragenstein-Vollmar-Webel I ist der Zusatzantrag Meiß-Röhl (Nr. 146) eingelaufen:

Ragenstein begründet seine Resolution, zu der den Anstoß eine kürzlich erschienene Notiz des „Vorwärts“ über eine Reihe besonders schwerer Soldatenmißhandlungen gegeben habe. Der betreffende Unteroffizier, der u. a.

*) Genosse Schippel war bei Bekanntgabe dieser Erklärung bereits von Bremen abgereist. Er bittet uns daher nachträglich um Aufnahme folgender Erklärung: Zu 1, daß hier ein sachlich ja ganz bedeutungsvoller Spruch- oder Hörfehler vorliegen muß; zu 2, daß es sich um die folgenden zwei Artikel der „Leipziger Volkszeitung“ handelt: Leitartikel „Banzenaktif“, Nummer vom 13. 6. 04, Artikel „Sein Geizant“, mit dt. geschmalt, Nummer vom 18. 6. 04. Beide Artikel sind dann in der Berichterstattung zusammengeworfen.

seine Leute gezwungen hat, Gewehröl vom Boden aufzuladen, so wie den Spudnapf auszuladen (lebhaftes Pfeil-Rufe), wurde zu 1 1/2 Jahren Gefängnis und Degradation verurteilt. (Auf: Viel zu wenig!) Hätte ein so Mißhandelter dem Unteroffizier nur einen Schlag versetzt, so wäre seine Strafe mehrmal so scharf gewesen. (Lebhaftes Gebrüll wahr!)

Die Anforderungen, die wir in dem zweiten Absatz der Resolution an unsre Soldaten richten, werden für überzeugte Parteigenossen nicht notwendig sein. Aber gegenüber jungen Leuten, die noch hallos sind und nicht recht wissen, wie sie sich zu verhalten haben, werden sie nützlich wirken können. Es gilt, der Feigheit entgegenzutreten, die nicht allein auf den geschlechtlich gewährleisteten Weichwede weg verzichten läßt, sondern sogar zur Ablehnung tatsächlich mitangesehener Mißhandlungen, selbst unter Eideszwang, führt.

Schließlich möchte ich Ihnen auch noch den Antrag, den ich persönlich gestellt habe, empfehlen.

Ich glaube, daß der Bericht des Parteivorstandes nicht übermäßig belastet werden würde, wenn die schwersten und charakteristischsten Mißhandlungen in ihn aufgenommen würden. Nehmen Sie die Resolution an, es wird darin dokumentiert, daß die Sozialdemokratie als die Partei der Menschlichkeit es für ihre Hauptaufgabe erklärt, die ehrlose Schändung der menschlichen Persönlichkeit fortgesetzt zu bekämpfen. (Beifall.)

Pfannkuch erklärt sich für die Resolution Ragenstein-Vollmar-Webel, aber gegen die Resolution Ragenstein, die den Parteibericht viel zu sehr belasten würde.

(Ragenstein zieht den Antrag 142 zurück.) Dann laß ich mir weitere Ausführungen ersparen. (Heiterkeit.)

Meiß empfiehlt seinen Zusatz. Jahrelang haben wir für die Öffentlichkeit des Verfahrens gekämpft. Jetzt will man sie auf Umwegen beseitigen und dagegen müssen wir protestieren.

Einstimmig wird der Antrag 143 mit dem Zusatzantrag 146 angenommen.

Hierauf erstattet die Mandats-Prüfungskommission Bericht über die Wahlen.

Frau Diez (als Berichterstatterin): Es sind abgegeben 268 Stimmen, davon waren 15 ungültig, weil für die Kontrolleure mehr als 9 Namen aufgeschrieben waren. Gewählt sind zu Vorsitzenden Singer mit 250, Webel mit 249 Stimmen; außerdem erhielten Vollmar und Bernstein je 1 Stimme. Als Kassierer hat Gerisch 250 Stimmen erhalten. 1 Stimme entfiel auf Heinrich Braun. Zu Sekretären sind gewählt Auer mit 250, Mollenhauer mit 250, Pfannkuch mit 249 Stimmen. Schwarz und Stadthagen erhielten je eine Stimme. Zu Kontrolleuren sind gewählt Meister mit 243, Brühne mit 237, Raden, Ged, Könen mit 235, Ehrhart mit 232, Bod mit 230, Frau Zetkin mit 205 und Pfarr mit 202 Stimmen. Außerdem erhielten Werthold 69, Storch 67, Bienau 3, Frau Diez 3, Brühns und Schöpslin je 2, Meiß, Segitz, Ebert, Leutert, Kronas, Jung, Hoffmann-Hamburg, Duard, Freivaldt je 1 Stimme.

Meister: Im Namen der Kontrollkommission danke ich für das durch die Wiederwahl bewiesene Vertrauen und beantrage im Auftrage der Kontrollkommission, die Gehälter der Sekretäre und des Kassierers von 3800 auf 4200 M. zu erhöhen. Seit Stuttgart hat keine Erhöhung der Gehälter mehr stattgefunden. In allen Zeitungen usw. sind Erhöhungen bewilligt worden, die Kontrollkommission hofft daher, daß ihr Vorschlag allgemeine Billigung finden wird. Das von uns vorgeschlagene Gehalt entspricht dem Einkommen der besser gestellten Redakteure in unserer Partei, wir glauben, daß die Tätigkeit unserer Sekretäre und des Kassierers der der Redakteure durchaus gleichwertig ist. (Zustimmung.)

Vorsitzender Dieß: Da Wortmeldungen zu dem Antrage der Kontrollkommission, Gehalts erhöhungen des Kassierers und der Sekretäre betreffend, nicht vorliegen, so nehme ich an, daß der Parteitag den Antrag der Kontrollkommission akzeptiert . . .

(Zurufe aus der Mitte der Delegierten: „Wieviel erhielten die Sekretäre und wie hoch ist die Zulage?“)

Meißter: Es wird gefragt, wieviel der Kassierer und die Sekretäre erhalten haben. Ich habe es vorhin bereits mitgeteilt. Sie erhielten bis dahin 8600 Mark, dieser Gehalt soll jetzt auf 4200 Mark erhöht werden.

Vorsitzender Dieß: Auch jetzt liegen Wortmeldungen nicht vor, — ich nehme an, daß der Parteitag dem Antrage der Kontrollkommission betritt. Ich konstatiere das.

Frau Dieß berichtet hierauf über die Beschwerden. Die Genossen Jakobson und Wolf beschwerten sich über die Zurückweisung zweier Anträge durch den Parteivorstand. In dem einen Fall handelt es sich um einen Vorschlag, in dem Antrag und Begründung nicht auseinandergehalten sind, weshalb wir die Beschwerde zurückwiesen. In dem zweiten Fall gaben wir der Beschwerde statt, indem wir den Antrag in Druck geben ließen. Der Antrag — er verlangte das Eintreten der Fraktion für eine gesetzliche Anerkennung des Rechts auf Arbeit — wurde dann dadurch erledigt, daß ihm der Parteitag die erforderliche Unterstützung versagte. Frau Hedwig Gubela beschwerte sich über einen Beschluß der Berliner Genossen, in dem diese erklärten, daß sie die Mitarbeit der Frau Gubela nicht wünschten. In Übereinstimmung mit der Kontrollkommission waren wir der Ansicht, daß wir den einzelnen Organisationen keine Vorschriften darüber machen dürfen, wen sie zur Mitarbeit heranziehen wollen und wen nicht. Wir wiesen also die Beschwerde zurück. Schließlich hatten wir uns auch wieder mit dem Fall Kerkel zu beschäftigen. Kerkel wurde 1897 aus seiner Organisation in Delmenhorst ausgeschlossen. Er veräußerte es, rechtzeitig Berufung einzulegen und hat seitdem auf allen Parteitagen um Wiederaufnahme des Verfahrens gebeten. Wir haben uns bemüht, eine Verständigung zwischen ihm und den Delmenhorster Genossen zu erzielen und es ist uns das auf der Grundlage der Resolution 147 gelungen, der wir den Parteitag zuzustimmen bitten.

Adolf Schulz: Jahrelang hat der Fall Kerkel die Delmenhorster Genossen beschäftigt und ihnen oft geschadet. Es ehrt die Delmenhorster Genossen, daß sie dieser Resolution zugestimmt haben. Hoffentlich wird Kerkel in Zukunft alles vermeiden, was zu neuen Differenzen Anlaß geben könnte. Nehmen Sie die Resolution an.

Die Resolution 147 wird angenommen. Der Bericht der Frau Dieß wird im übrigen zur Kenntnis genommen.

Vorsitzender Dieß teilt mit, daß die Kontrollkommission sich konstituiert und die Genossen Eberhard und Wengels zugewählt hat. (Zurufe: Und wer ist Vorsitzender?) Ach so, ich werde noch aufgefordert, die ganz selbstverständliche Mitteilung zu machen, daß Meißter zum Vorsitzenden der Kontrollkommission gewählt ist. (Große Heiterkeit und Beifall.)

Hierauf wird der Antrag Schulz-Bettin 144 zur Verhandlung gestellt. Schulz-Bremen empfiehlt die Resolution. Schon vor dem Parteitage wurde von verschiedenen Seiten ausgesprochen, daß die Zeit für die Vorbereitung einer großen Debatte über die Schulfrage zu kurz sei, und daß es genüge, im gegenwärtigen Augenblick durch eine kurze und scharfe Resolution dazu Stellung zu nehmen. In diesem Sinne ist die Resolution abgefaßt. Wir sind selbstverständlich Gegner der Konfessionsschule, aber auch der sonst so beliebten Simultan- oder Parallelschule. Was wir verlangen, nicht aus antireligiösen Gründen, sondern weil wir die Religion für Privatangelegenheit erklären, ist die völlige Beseitigung des Religionsunterrichts aus der Schule. Wir betrachten aber die Religionsfrage nicht

als eine Schulfrage, sondern erstreben, anknüpfend an Comenius und Pestalozzi, eine allgemeine Reform des Unterrichtswezens und wir sind stolz darauf, uns hierbei auf Goethe berufen zu können, der im „Wilhelm Meister“ eine so herrliche Utopie der zukünftigen Erziehung dargelegt hat. Die Gedanken, die dieser Utopie zugrunde liegen, hat auch Marx anerkannt und zu klarer Formulierung gebracht. Auf irgend welche Einzelheiten geht unsre Resolution absichtlich nicht ein, weil darüber hoffentlich ein späterer Kongreß debattieren wird. Im letzten Absatz sprechen wir aus, daß eine wirkliche Lösung der Erziehungsfragen erst mit der Lösung der sozialen Frage möglich ist. Darum kann von keiner bürgerlichen Partei die Lösung der Schulfrage erwartet werden, sondern nur von der Sozialdemokratie. (Beifall.)

Die Resolution 144 wird mit großer Mehrheit angenommen.

Der Parteitag verhandelt sodann über die Resolution Michels (Nr. 145).

Michels begründet den Antrag unter Zurückziehung der Worte: „und siegreich, durch den politischen Massenstreik ausgefochten“. Es wurde uns mitgeteilt, daß diese Worte mißverstanden und eine neue Generalstreik-Debatte veranlassen könnten. Das haben wir natürlich nicht beabsichtigt, und da die Worte für den Sinn der Resolution unwesentlich sind, ziehen wir sie zurück. Genossen! Wir sind eine internationale Partei, da tut es gut, wenn einer den andern ermutigt. Unserer italienischen Genossen Leid ist unser Leid, ihre Feinde sind unsre Feinde. Nehmen Sie also diesen Glüdwunsch einstimmig an!

Der Antrag 145 wird angenommen.

Vorsitzender Dieß verliest folgende ihm zugegangene Erklärung:

„Durch einen von dem Vorsitzenden Genossen Dieß vorgenommenen Abstimmungsmodus wurde uns die Möglichkeit genommen, gegen die Erhöhung der Gehälter der Parteisekretäre zu stimmen. Wir erklären deshalb, daß wir bei einem andern Abstimmungsmodus gegen diese Erhöhung gestimmt hätten.“

Antritt. Schneider. Karl König. Sahn. Voigt. Jansen. Jentsch. Ewald. Schubert.

Ich habe nichts dagegen einzuwenden, wenn meine Geschäftsführung bemängelt wird, aber in diesem Falle haben die Genossen unrecht. Ich habe wiederholt gefragt, ob Widerspruch gegen den Antrag erhoben werde, und erst als das nicht geschah, ungeachtet des Zeitraumes, der durch die Antwort des Genossen Meißter verstrich, ihn für angenommen erklärt. Zeit genug zur Wortmeldung haben die protestierenden Genossen gehabt.

Antritt: Da wir dem Antrag ohne Zustimmung unsrer Mandatgeber nicht beitreten konnten, hätten wir dagegen gestimmt, wenn der Vorsitzende uns durch den üblichen Abstimmungsmodus dazu Gelegenheit gegeben hätte. Wir wollten keine Staatsaktion aus der Sache machen, sondern wünschten nur Gelegenheit zu haben, unsren abweichenden Standpunkt zum Ausdruck zu bringen.

Ebert: Ich möchte gegen das Vorgehen der Berliner Genossen entschiedenen Einspruch erheben. Wenn die Genossen zu einem Punkt der Tagesordnung etwas zu sagen haben, haben sie sich rechtzeitig zum Worte zu melden und nicht erst dann, wenn die Sache abgeschlossen ist, unter ganz falscher Motivierung eine Erklärung zu Protokoll abzugeben. (Beifällige Zustimmung.)

Bitterf-Berlin konstatiert, daß nur ein reichwindender kleiner Teil der Berliner Delegierten die Erklärung unterschrieben habe.

Es folgt die Verhandlung über die Anträge 106 und 107 (Unterstützung der russischen Freiheitsbestrebungen) und das dazu gestellte Amendement Bernstein-Debel (Schaffung eines modernen Fremdenrechts).

Bernstein begründet sein Amendement. Die Praxis unsrer Ausweisungen und Auslieferungen ist Ihnen ja allen bekannt. Es kamen Ausweisungen ausländischer Korrespondenten vor, die lediglich aus dem Grunde erfolgt sind, weil die betreffenden Personen die deutsche Regierung kritisiert hatten, während deutsche Journalisten in den betreffenden Ländern die dortigen Regierungen unbedingten zehmal scharfer angreifen konnten. Es wird mit einer Willkür verfahren, die die Ausländer vollkommen rechtlos macht, und wir haben ja aus dem „Vorwärts“ ersehen, wie die in Berlin ankommenden russischen Auswanderer den Auswanderungsagenten überliefert und mit Hilfe der Polizei bestimmten Schiffsgesellschaften zugewiesen werden. Die Rechtlosigkeit der Fremden in Deutschland wird dadurch illustriert, daß das bekannte Lehrbuch des Staatsrechts von Laband überhaupt nichts über das Aufenthaltsgesetz der Fremden enthält. Das sind Zustände, die in einer ganzen Reihe moderner Staaten längst überwunden sind. Es ist ja selbstverständlich, daß ein absolutes Aufenthaltsgesetz der Fremden unter den heutigen Verhältnissen nirgendwo existiert, aber es existieren doch in andern Ländern Vorschriften, die Ausländer wenigstens gegen die größte Willkür schützen. In Dänemark kann ein Ausländer, wenn er zwei Jahre im Lande lebt, nur noch nach Begehen schwerer Verbrechen ausgewiesen werden, und wenn er fünf Jahre im Lande ist, überhaupt nicht mehr. Norwegen läßt Ausweisungen nur durch einen Akt des Ministeriums zu, in Belgien muß jede Ausweisung der Kammer vorgelegt werden. Am weitestgehenden ist der Fremdenhaß in England, wo eine Ausweisung überhaupt nur durch Beschluß der Volksvertretung erfolgen kann, und auch das nur in den ersten 7 Jahren des Aufenthalts. Es ist notwendig, daß wir ein Fremdenrecht erhalten, wie es unsren modernen Kultur- und Verhältnisse entspricht.

Dr. Siebnecht: Ueber die Resolutionen 108 und 107 brauche ich kein Wort der Begründung mehr zu verlieren. Ich halte es für selbstverständlich, daß diese Resolutionen einstimmig angenommen werden. Nur einige Bemerkungen zur Begründung des Bernsteinschen Amendements. Ich habe mich im vorigen Herbst aus Anlaß der Fälle Krassikow und Schekoldin mit allen in Betracht kommenden deutschen Behörden in Verbindung gesetzt, um deren Auffassung zu erfahren, und habe gehört, daß die übereinstimmende Auffassung sowohl der Gerichte wie der Kriminal- und Verwaltungsbehörden dahin geht, daß Ausländer nicht einmal die verfassungsmäßigen Grundrechte, das Recht der Wohnung, der freien Persönlichkeit usw. haben, die dem Einheimischen, selbst wenn er der größte Verbrecher ist, ohne weiteres zustehen. Die Behörden sprechen sich das Recht zu, bei Ausländern Tag und Nacht beliebige Hausdurchsuchungen zu veranstalten, sie zu jeder Zeit zu verhaften, ihnen ihr Eigentum zu nehmen und sie unbegrenzt in Haft zu behalten. Sie debuzieren nämlich: Wir dürfen jederzeit prüfen, ob jemand ein lästiger Ausländer ist; alle Ermittlungen, die zu dieser Prüfung dienen, dürfen wir vornehmen, ohne daß uns das Gesetz irgendwelche Schranken auferlegt. — Angesichts solcher Zustände müssen wir mit aller Energie die Einführung genügender Garantien für Ausländer verlangen. Es muß für Ausweisungen ein geordnetes Verfahren festgesetzt werden. Solche Ausweisungen sind ja oft genug Existenzfragen für ganze Familien und viel schlimmer als zivil- und strafrechtliche Verfolgungen, bei denen noch dazu schützende Garantien gegeben sind. Gegen das unerhörte ausbeuterische und erpresserische Verfahren der beiden Schiffsgesellschaften müssen wir gerade hier in Bremen, dem Sitz des Norddeutschen Lloyd, aufs schärfste protestieren. Es muß festgesetzt werden, daß diese Maßnahmen durch die Erklärungen der „National-Zeitung“, der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“ und des „Hamburger Korrespondenten“

nicht im geringsten gerechtfertigt sind. Man hat gesagt, eine Uebersiedlung sei aus sanitären Gründen notwendig. Das kann nicht zutreffen, denn das sanitäre Interesse kann niemals erweisen, daß Russen, die seit Jahren in Deutschland gelebt haben, dann, wenn sie Deutschland verlassen wollen, der Untersuchung unterworfen werden. Die Untersuchung fällt aber auch weg bei allen Russen, die nicht 4. Klasse oder Zwischendeck fahren. Ein gewisses Maß von Zahlungsfähigkeit macht nach Ansicht jener Zeitungen ohne weiteres sendensfrei und immun. Die höchst verdächtigen Zwischendecker dagegen hält man mit allen Schiffen in Deutschland zurück. Es heißt weiter, daß die Kosten eines eventuellen Rücktransportes vermieden werden müßten. Deshalb seien die Verträge mit den Gesellschaften abgeschlossen. Auch das trifft nicht zu. Ich sehe absolut nicht ein, weshalb, wenn es sich nur darum handelt, pekuniäre Lasten vom Staate abzuwehren, den beiden deutschen Gesellschaften ein Monopol übertragen werden soll. Wenn z. B. irgend ein Russe mit einer englischen oder holländischen Linie von England oder Holland abfahren will und in Amerika nicht angenommen wird, so erwächst Deutschland doch keinerlei Verpflichtung. Hier tritt deutlich hervor, daß durch diese Maßnahmen in Wirklichkeit lediglich reaktionäre Interessen verfolgt werden. Einerseits hat man ein lebhaftes Interesse daran, diese großen deutschen Unternehmungen im Gegensaße zu den ausländischen zu unterstützen; es ist eine Art Schutz Zoll für unsre deutschen Schiffahrtsgesellschaften: „in Ausland werden nur deutsche Linien honoriert.“ So behelste man mich im Berliner Bureau des Norddeutschen Lloyd. Auf der andern Seite hat man das lebhafteste Interesse daran, auch Wäterchen einen Gefallen zu tun. Wenn jemand einen richtigen legitimen Paß hat, mit dem er ohne Gefährdung wieder nach Rußland zurückgehen kann, so wird er unter Umständen von den Schiffahrtsgesellschaften mit einem Billet nach London abgefunden. Sonst aber, wenn er in der bösesten Zwangslage ist — denn unerlaubtes Verlassen Rußlands wird schon bestraft —, verlangt man, daß er ein Billet nach Amerika nimmt, und wenn er das nicht will, wird er an die Grenze zurücktransportiert. Die Leute haben also die Wahl: Entweder ihr zahlt Lösegeld an Wallin oder müßt nach Rußland zurück und werdet, sofern ihr Deserteure seid, auf diese Weise ins Zuchthaus oder in den Tod gejagt, mit andern Worten: Entweder ein Extraprofit für Wallin oder ein Liebesdienst für den Zarismus. Daß das Schmachvoll ist, darüber ist kein Wort zu verlieren. Ich möchte darauf hinweisen, daß dieselben Behörden, die diesen Auswanderern solche Schwierigkeiten bereiten, die Grenzen sperren, auch die für Junker und Grobinustrielle billige Arbeit liefern, einzulassen. Man kann also auch anders! Man hat gesagt, es bestehe die Möglichkeit, sofort Abhilfe zu schaffen, da das Auswanderungsgesetz dem Reiche das Recht verleiht, Auswandereragenten und Unternehmern die Konzession zu entziehen. Aber das ist ja das Skandalöse, daß diese ganzen ungesetzlichen Machenschaften vor den Augen und mit Unterstützung der Polizei geschehen. Da kann, wenn nicht die Gesetzgebung eingreift, nur eine Hilfe kommen, nämlich vom Auslande. Amerika hat Wallin und Genossen ja schon einen bösen Schrecken eingejagt, indem es damit drohte, es würden nur noch Personen aufgenommen werden, die auf amerikanischen Schiffen transportiert sind. — Die Sache ist, wenn es sich um sanitäre Rücksichten handelt, so leicht zu beseitigen: es braucht nur den Gesellschaften die Kontrolle in Deutschland ermöglicht, oder was noch besser, eine meinetwegen gebührenpflichtige, allgemeine Kontrolle von Reichswegen eingeführt und das Monopol der beiden Gesellschaften aufgehoben zu werden. Jene unerhörte Verquickung der Profitinteressen einzelner Gesellschaften mit der Ausübung obrigkeitlicher Befugnisse ist es, gegen die wir aufs schärfste Front machen müssen. Sie ist das Skandalöseste an der Sache! — Nehmen Sie die Anträge einstimmig an und

dokumentieren Sie dadurch, daß es nach unsrer Auffassung genug ist der Liebedienerei und Friererei vor dem Zarismus, und daß wir nicht wünschen, daß das Ausland mit den Fingern auf uns weist. Es ist Pflicht der Sozialdemokratie, den russischen Genossen, soweit es die deutschen Gesetze zulassen, Hilfe zu leisten. Die einmütige Annahme der Gesetze wird dazu dienen, dies als einmütige Ueberzeugung der deutschen Sozialdemokratie zum Ausdruck zu bringen. (Beifall.)

Bernstein: Ich bin gebeten worden, mit einigen Worten noch der Dänenpolitik zu gedenken, der skandalösen Abschiebungen von Dänischen Nordfriesen, deren Eltern schon auf deutschem Boden lebten, die aber ausgewiesen wurden, weil sie ihre Naturalisation nicht nachweisen konnten. Auch gegen diese skandalöse Aufenthaltsbeschränkung protestieren wir durch unsre Resolution, um deren einstimmige Annahme ich Sie bitte.

Damit schließt die Debatte.

Der Antrag 106 wird mit der Resolution Bernstein-Webel einstimmig angenommen, Antrag 107 ist durch diese Beschlußfassung erledigt. Weitere Anträge liegen nicht vor.

Der Parteitag scheidet zur Wahl des Ortes für den nächsten Parteitag.

Die hierzu gestellten Anträge 113, 115, 116 und 117 werden unterstützt, 112 und 114 dagegen nicht.

Ueber-Jena: Es ist das zweite Mal, daß ich auf einem Parteitag für Jena Propaganda mache. Jena ist heute nicht mehr der Ort, wie vor zehn Jahren. Er hat sich industriell außerordentlich entwickelt, und es besteht dort eine Parteibewegung, die allen Ansprüchen der Genossen gerecht werden kann. (Zuruf Webels: Sehr richtig!) Es ist mir gesagt worden: Ach, Ihr in Jena habt ja gar kein Geld! (Große Heiterkeit.) Das muß ich ganz entschieden zurückweisen. (Bravo! und große Heiterkeit.) Das ist eine Beleidigung für uns. (Erneute Heiterkeit.) Wir haben die Kosten der letzten Wahl selbst aufgebracht (Bravo!), da werden wir doch auch die Kosten des Parteitages aufbringen können (Bravo!). Dann ist mir gesagt worden, wir hätten keine Wohnungen. (Heiterkeit.) Auch das ist nicht wahr. Wir haben über tausend Studenten, die zurzeit des Parteitages nicht anwesend sind. Dann bekommen Sie also eine Menge schöner Privatwohnungen, besser als Hotelzimmer. Und nun zum Hauptpunkt. Wir haben seit Jahren ein Lokal, das von der Reichlichen Stiftung gebaut ist und den Sozialdemokraten zu allen Versammlungen zur Verfügung steht. Das Lokal, in dem wir hier tagen, hat ja etwas voraus vor allen, in denen in den letzten Jahren Kongresse abgehalten sind. Über das von Jena ist noch bedeutend schöner und besser. (Zuruf Webels: Sehr wahr!) Ich bitte Sie daher, nach Jena zu kommen. Es geht nicht, daß wir immer aus dem Norden nach dem Süden ziehen, umgekehrt müssen wir auch einmal nach Mitteldeutschland ziehen. Nehmen Sie unsren Antrag einstimmig an. (Lebhafter Beifall.)

Dünneke-Mühlhausen (Thüringen): Im vorigen Jahre haben wir den sächsischen Genossen, vor zwei Jahren den süddeutschen Rechnung getragen. Das Gerechtigkeitsgefühl muß Sie veranlassen, auch mal den Wunsch der Genossenschaft aus Mitteldeutschland, speziell aus Thüringen, zu erfüllen. Ich bitte Sie dringend, den nächsten Parteitag in Jena abzuhalten. (Lebhafter Beifall.)

Vorsitzender Diez: Ich glaube, es wird in Ihrem Sinne liegen, daß ich jetzt den Vertretern der verschiedenen in Frage kommenden Städte der Reihe nach das Wort gebe, damit jeder die Schönheit seiner Stadt hervorheben kann. (Große Heiterkeit.) Sie werden dann in der Lage sein, sich das Beste wählen zu können. (Heiterkeit.)

Lehmann-Mannheim: Ich will der Welt nicht das Schauspiel bieten, daß wir gegenseitig die von uns vertretenen Orte über den grünen Klee hinaus loben (Heiterkeit) und beschränke mich darauf, zu sagen, daß auch wir in Mannheim eine gute und starke Organisation haben, daß wir Lokalitäten besitzen, und daß wir dem Parteitag etwas Gutes bieten können. Ich habe nicht nötig, Mannheim besonders herauszustreichen. Wir haben mit unserm Antrage bis zur Fertigstellung unsrer sächsischen Festhalle gewartet, jetzt aber glauben wir Anspruch darauf zu haben, daß auch Baden mal an die Reihe kommt. (Sehr richtig!) Wir müssen auch mal die südwestdeutsche Erde berücksichtigen. Ist das, was über Jena gesagt worden ist, wahr, dann wird, wenn wir im nächsten Jahre dort tagen, der Parteitag womöglich zu dem Entschluß kommen, für immer in Jena zu tagen. (Heiterkeit.) Schon aus diesem Grunde bitte ich Sie, das nächste Mal nach Mannheim zu gehen. Dann hätten wir auch nichts dagegen, für immer in Jena zu bleiben. (Stürmische Heiterkeit.)

Löwenstein-Nürnberg (mit Beifall begrüßt): Es bedarf wohl nicht vieler Worte, um den Antrag der Nürnberger Genossen zu begründen. Es versteht sich von selbst, daß die Nürnberger Genossen es sich nicht nur zur hohen Ehre anrechnen würden, wenn der Parteitag in Nürnberg abgehalten wird, sondern auch, daß sie alles aufbieten würden, um den Vertretern des werttätigen Volkes den Aufenthalt so angenehm wie möglich zu machen. Zu beachten dürfte auch die günstige Lage Nürnbergs als Kongressort sein. Dazu kommt, daß die ehemalige freie Reichsstadt Nürnberg des Interessanten und Schönen so viel bietet, daß auch aus diesem Grunde die Wahl Nürnbergs gerechtfertigt wäre. Schon im Jahre 1868 tagte in Nürnberg ein Arbeiterkongreß, auf dem es unter der Führung seiner Vorkämpfer, namentlich Liebknechts und Webels, gelungen ist, die Harmonieapostel aus dem Arbeiterverein herauszudrängen, so daß die Klassen- und zielbewußten Arbeitervertreter das Feld behaupteten. Für den Parteitag wäre es ein erhabenes Gefühl, zu sehen, wie nicht nur aus verhältnismäßig kleinen Anfängen die Dreimillionenpartei sich herausgebildet hat, sondern wie auch Nürnberg zu einer sozialdemokratischen Hochburg geworden ist. (Bravo!) Möge sich der Parteitag daher einstimmig für Nürnberg entscheiden. (Beifall.)

Horn-Stettin: Bisher ist dem Wunsch der Stettiner, auch mal in Rommern den Parteitag abzuhalten, noch nicht entsprochen worden, und vorausichtlich wird es ja wohl auch heute nicht geschehen. (Heiterkeit.) Um nicht in Vergessenheit zu kommen (Heiterkeit), stellen wir immer von neuem den Antrag. In Stettin können wir Ihnen alles bieten, was Sie beanspruchen können. Wir haben vorgestern eine wunderschöne Fahrt nach Helgoland gemacht. In Stettin können wir Ihnen ebensolche Fahrt versprechen (Stürmische Heiterkeit) und zwar nach der Insel Nügen, die ich kann jetzt schon erklären, daß wir auch dafür Sorge tragen werden, daß wir nicht so viel Seekranke haben, wie auf der Fahrt nach Helgoland. (Erneute große Heiterkeit.)

Vorsitzender Diez: Wir kommen zur Abstimmung. Wer in der Minderheit bleibt, muß sich schon darauf gefaßt machen, in den nächsten Jahren mal an die Reihe zu kommen. (Heiterkeit.)

Der Parteitag beschließt, den nächsten Parteitag in Jena abzuhalten. — Die Geschäfte des Parteitages sind erledigt.

Vorsitzender Diez: Der Parteitag ist am Schluß seiner geschäftlichen Angelegenheiten. Wir haben alles ordnungsmäßig erledigt. Ich glaube nunmehr in Ihrem Sinne zu handeln, wenn ich den Bremer Genossen herzlichsten Dank ausspreche für die liebenswürdige Art, mit welcher sie uns empfangen haben (Lebhafte Zustimmung), für das herrliche Parkett, für den herrlichen Saal, den sie so wunderbar ausgeschmückt haben, und endlich auch für die prächtige

Selgolandsfahrt. (Beifall.) Da hat sich wieder einmal gezeigt, daß Seelust bevorzugt. (Große Heiterkeit.)

Gestatten Sie mir eine kurze Uebersicht über unsere erledigten Geschäfte zu geben. Sie haben eine Aenderung der Tagesordnung abgelehnt, und es hat sich gezeigt, daß das gut war, denn sonst wären wir kaum mit unserer Zeit ausgekommen. — Sie haben darauf verzichtet, heute schon zu bestimmen, was auf die Tagesordnung des nächsten Parteitages kommen soll. Auch das ist weise gehandelt, denn wir können nicht wissen, was bis zum nächsten Jahre alles passiert. — Wir haben sodann die Berichte des Vorstandes und der Kontrollkommission entgegengenommen, die im allgemeinen gut lauteten, und ich glaube, wir sind beiden Körperschaften für Ihre Mithilfe großen Dank schuldig. (Beifall.) Unangenehm waren nur die Mülhausener und Viefelfelder Affären. Aber nachdem das hier öffentlich gerügt ist, wird hoffentlich die Kontrollkommission sich mit derartigen Dingen nicht wieder zu befassen haben. (Sehr gut!) — Auch mit der Richtigkeit der Reichstagsfraktion hat sich der Parteitag im allgemeinen einverstanden erklärt.

Der Fall Schippel ist nun hoffentlich erledigt. Die jetzige Situation wird Schippel heranlassen, vorsichtiger zu werden. In der Frage: Wotzölle oder nicht, gibt es nur ein Entweder — Oder! (Sehr richtig!) Das wird sich Schippel hinter die Ohren schreiben, und ich glaube, wir werden nicht noch einmal über einen solchen Fall zu verhandeln haben. — Die Organisationsfrage war, wie die vieler Anträge beweisen, allmählich zu einer brennenden geworden. Wir glauben, daß die Kommission die Angelegenheit in befriedigender Weise lösen und daß sie neue Stufen hauen wird, auf denen wir weiter und höher emporsteigen können. (Beifall.) — Auch die Frage der Maifeier fand eine befriedigende, wenn auch keine endgültige Lösung, darüber werden noch weitere Beratungen seitens der Gewerkschaften gepflogen werden. Es ist indessen alles darin einig, daß die würdigste Feier des 1. Mai die Arbeitsruhe ist. — In der Frage der Kommunalpolitik, einem der schwierigsten Gebiete, ist es vorläufig durch die Annahme der Resolution Lindemann zum Abschluß gekommen. Aber diese Frage wird nicht ruhen. Da sie aktuell ist und tief eingreift in alle unsere politischen Maßnahmen, wird sie immer und immer wieder diskutiert werden. Die hier gegebenen Anregungen werden zweifellos ihre Wirkung ausüben. — Heute morgen haben wir das Referat unseres ewig jungen Nebel entgegengenommen, und der Parteitag hat sich im wesentlichen mit seinen Ausführungen einverstanden erklärt. Deutlich geht daraus hervor, daß die deutsche Sozialdemokratie international ist, wie keine sozialdemokratische Partei irgend eines andern Landes. (Beifall.) — Die sonstigen Anträge sind auch nicht zu kurz gekommen. Wir haben wieder bewiesen, daß die Partei alles, was dem Fortschritt dient, in die Hand nimmt. Die Sozialdemokratie ist eben verpflichtet, die führende Rolle in allen solchen Fragen zu übernehmen. Das, was eigentlich Pflicht des Liberalismus wäre, müssen wir erfüllen, um die Stagnation zu beseitigen und dem Fortschritt zum Recht zu verhelfen. (Sehr wahr!)

So kann man sagen, daß der Parteitag von Bremen in fleißiger Arbeit der guten Sache gedient hat. Neue Gedanken sind ausgestreut, die hoffentlich reiche Ernte zeitigen werden. Diejenigen allerdings — und das trifft die bürgerlichen Parteien —, die glaubten, daß es hier zu „interessanten“ Auseinandersetzungen kommen würde, haben ihre Rechnung nicht gefunden. Aber wir können es ihnen niemals recht machen. Sind wir interessant, dann kriegen wir was aufs Dach (Heiterkeit), und erledigen wir in ruhiger Weise die Geschäfte, dann kriegen wir auch was. (Sehr richtig!) Dann sagt man: Wir haben geglaubt, Ihr würdet hier Bäume aus der Erde reißen, das ist nicht geschehen, Ihr seid langweilig. (Laute Heiterkeit.) In dieser Stimmung können Sie die bürgerliche Presse allerorts jetzt antreffen.

Ginge es nach uns, hätten wir zu entscheiden, so würde der Weg zu unseren Zielen sich allmählich verbreitern und endlich durch blühendes Gedeihen führen und Arbeit, Kunst und Wissenschaft die Begleiterinnen sein. Unsere Gegner freilich wünschen, daß unser Weg durch blutige Schlachtfelder und über Barricaden führen möge. (Sehr richtig!) Aber den Gefallen tun wir ihnen nicht. Wir halten es mit unsrem alten Vorkämpfer Friedrich Engels, der da gesagt hat: „Bei der Gesetzmäßigkeit der Sozialdemokratie bekommt die Bewegung rote Wangen und pralle Lippen.“ Das ist richtig. Wir drängen alle sicher in den Sozialismus hinein; denn einer Armee von Freiwilligen, die nach Millionen zählt, kann die alte, morsch gewordene Gesellschaft keinen Widerstand mehr leisten. (Lebhafte Beifall.) Um unser Ziel zu erreichen, dazu bedarf es Agitation, Organisation und die alte bewährte Opferfreudigkeit. Diese wollen wir auch betätigen im nächsten Jahre und immerdar. Das bekräftigen wir durch ein dreifaches Hoch auf das Wüthen und Gedeihen der deutschen Sozialdemokratie. Sie liebe hoch! Die Delegierten stimmen dreimal in das Hoch ein und singen stehend den ersten Vers der Arbeiter-Marseillaise.)

Der Parteitag ist geschlossen.

Schluß 1/4 Uhr.

Zuschriften und Telegramme.

Amsterdam. Parteivorstand der holländischen Sozialdemokratie. — Berlin. Paul Singer. — Genossen aus der Weberstraße. — Streikende Maurer aus Bremen. — Zwei ungarische und drei deutsche Arbeiter. — Zentralverband der Maschinisten und Heizer, Ortsverwaltung Berlin. — Vorstand der polnischen sozialistischen Partei Deutschlands. — Bonn. Vom Stiftungsfest des Arbeiter-Radfahrervereins. — Bromberg. Bromberger Arbeiterkraft. — Brüssel. Sozialistisches Bureau. — Budapest. Die Leitung der sozialdemokratischen Partei Ungarns. — Baumgarten. — Cassel. Mehrere Parteigenossen. — Chicago. Neues Leben. — Die sozialistische Partei Amerikas. — Darmstadt. Schmausgesellschaft in Gramers Neubau. — Dresden. Die Parteigenossen in Dresden-Mittstadt. — Durlach. Die Genossen Durlachs. — Eichwalde. Berlin. F. Auer. — Eutin. Die Parteigenossen in Eutin. — Genf. Der Generalrat der revolutionären Sozialdemokratie Rußlands. — Gera. M. Müller. — Großenstein. Die Nonneburger Genossen von ihrem Ausflug. — Hamburg. 3. Hamburger Wahlkreis 172. Bezirk von seinem Ausflug. — Streikende Bremer Maurer. — Jena. Die Genossen Zenas. — Johannesburg. Verein Vorwärts. — Kappeln. Die Genossen aus Kappeln. — Kopenhagen. Die Sozialdemokratie in Dänemark. — Leipzig. „Leipziger Volkszeitung“. — Ausflügler des sozialdemokratischen Vereins. — London. Friedrich Lehner. — Luxemburg. Luxemburger sozialdemokratische Partei. — Der sozialdemokratische Leseklub. — Mühltrösch. Ernst Gasse. Albin Schmidt. — Mühltrösch. Soz. Vereins-Versammlung. — Paris. Parti Socialiste Française. — Deutscher Sozialdemokratischer Leseklub. — Rom. Italienischer Parteivorstand und Redaktion „Avanti“. — Saarbrücken. Die Vorposten an der Saar. — Siegen. Das kämpfende jüdische Proletariat von Litauen, Polen und Rußland. — Straßburg. In dem Gewerkschaftshaus versammelte Parteigenossen Stralunds. — Verdun. Die in Gexau versammelt gewesenen Genossen. — Wiesbaden. Ein junger Wiesbadener Genosse.

Ausländische Gäste sind auf dem Parteitage:

Aus England:

J. B. Askew, englische sozialdemokratische Federation.

Aus Oesterreich:

Anton Nemec, tschechoslawisch-sozialdemokratische Arbeiterpartei.
Abelheid Popp, Schumierer, Winarski.